

# Antrag

## der AfD-Fraktion

### **Frieden statt Raketen – für ein friedliches Europa und eine Politik der Deeskalation**

Der Landtag möge beschließen,

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mit der Zusammensetzung des 8. Sächsischen Landtags rückt eine parteiübergreifend getragene Friedensinitiative, wie sie mit dem vorliegenden Antrag gefordert wird, in greifbare Nähe. So greift das „Bündnis Sarah Wagenknecht“ die parlamentarisch wiederholt eingebrachte AfD-Forderung<sup>1</sup> nach einem diplomatischen Vorgehen sowie nach Deeskalation im Rahmen des Ukraine-Krieges in ihrem sächsischen Wahlprogramm auf und die Vorsitzende der Bundespartei positioniert sich mit deutlichen Worten gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium.<sup>2</sup>
2. Die Umsetzung der auf dem NATO-Gipfel 2024 verkündeten Erklärung der USA und der Bundesrepublik zur zukünftigen Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland und die bereits erfolgte Stationierung vergleichbarer Waffensysteme durch Russland auf dem Gebiet der Oblast Kaliningrad bergen die Gefahr einer militärischen Zuspitzung der ohnehin angespannten politischen Lage.
3. Frieden und Entspannung sind von existentieller Bedeutung und berühren unmittelbar das Staatswohl. Maßnahmen zur beidseitigen Deeskalation sind daher im deutschen und somit auch im sächsischen Interesse.
4. Es bedarf dringend Verhandlungen, um auf den Weg von Abrüstung und Rüstungskontrollen zurückzukehren. Ein neuerliches Wettrüsten muss verhindert werden.
5. Probleme, welche die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten betreffen, sind nur im Zuge einer langfristig tragfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands zu lösen.

---

<sup>1</sup> Siehe zuletzt Drs.7/16059: „Verhandeln‘ ist ein mutiges Wort – Gemeinsam für den Frieden“.

<sup>2</sup> Siehe bspw. <https://www.fr.de/politik/sahra-wagenknecht-bsw-landtag-koalition-bedingung-us-stationierung-raketen-zr-93325309.html>.

## II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene sowie insbesondere gegenüber der Bundesregierung für eine aktive Friedenspolitik zu verwenden, welche die unverzügliche Entwicklung einer Sicherheitspolitik gegenüber Russland beinhaltet, die auf die Schaffung einer langfristig tragfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur gerichtet ist;
2. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf die Stationierung von Marschflugkörpern und ballistischen Raketen auf Bundesgebiet verzichtet wird;
3. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Russland aufgefordert wird, Marschflugkörper und ballistische Raketen aus der Oblast Kaliningrad und seine in Belarus stationierten taktischen Nuklearwaffen als Zeichen der Bereitschaft zur Deeskalation abziehen;
4. sich gegenüber der Bundesregierung für die Initiierung von Verhandlungen zwischen den NATO-Staaten und Russland einzusetzen, um neue Verträge über Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu schließen;
5. im Bundesrat einen den Punkten II. 1 bis 4 entsprechenden Entschließungsantrag einzubringen.

### **Begründung:**

Auf dem NATO-Gipfel im Juli 2024 unterzeichneten die Regierungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland eine bilaterale gemeinsame Erklärung des Inhalts, dass die USA ab 2026 weitreichende Waffensysteme wie Raketen des Typs Standard Missile 6 (SM-6), Marschflugkörper des Typs Tomahawk sowie Hyperschallwaffen LRHW („Dark Eagle“) auf deutschem Territorium stationieren werden.<sup>3</sup> Bei den Tomahawks handelt es sich um Marschflugkörper, die mit einer Reichweite von teilweise mehr als 2.000 Kilometern Ziele in Russland treffen können. Sie tragen einen bis zu 450 Kilogramm schweren, konventionellen Sprengkopf und treffen auf etwa 10 Meter genau. Die SM-6 sind Mehrzweckraketen. Die Lenkflugkörper können andere Raketen abwehren, aber auch gegen Schiffe und in einer modifizierten Version gegen Bodenziele eingesetzt werden.<sup>4</sup> Die Stationierung ist ein Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung gegen Russland, der in der Erklärung allerdings nicht explizit benannt wird.

Der russische Präsident Putin hat kurz nach Bekanntwerden der Vereinbarung von Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz eine „spiegelgerechte“ Gegenreaktion auf die Stationierung angekündigt.<sup>5</sup> So änderte er am 29.09.2024 die russische Nukleardoktrin.<sup>6</sup> Dem war eine langjährige Aufrüstung des russischen Militärs vorausgegangen. Die militärische Infrastruktur in Kaliningrad wurde stetig modernisiert, einschließlich der Einrichtung eines Lagers für Nuklearmunition. Zu den in der Oblast Kaliningrad stationierten Systemen gehören die landgestützten Iskander-Raketen (NATO-Codename SS-26), die Hyperschall-Luft-

<sup>3</sup> Siehe <https://www.hartpunkt.de/tomahawk-sm-6-und-neue-hyperschallwaffe-dark-eagle-kommen-nach-deutschland/> vom 11. Juli 2024 – zuletzt angerufen am 1. November 2024.

<sup>4</sup> Siehe <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/marschflugkoerper-stationierung-deutschland-faq-102.html>.

<sup>5</sup> Siehe <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/streit-um-mittelstrecken-raketen-putin-droht-wegen-us-waffen-doch-die-risiken-liegen-woanders/29917214.html>.

<sup>6</sup> Siehe <https://www.handelsblatt.com/dpa/russlands-neue-atomdoktrin-moskau-verteidigt-erweiterung-der-nukleardoktrin/30016038.html>.

Boden-Rakete Kinschal (AS-24) sowie die Marschflugkörper der Kaliberfamilie (SS-N-27 und SS-N-30).<sup>7</sup>

Die beidseitige Aufrüstung birgt das Risiko einer weiteren militärischen Zuspitzung. Die auf dem NATO-Gipfel unterzeichnete „gemeinsame Erklärung“ enthält keine Rüstungskontrollangebote an Russland bzw. Angebote der USA, ihre Stationierungsentscheidung im Falle der Abrüstung russischer Waffensysteme zu revidieren. Dadurch droht ein neuerliches Wett-rüsten; die Chancen auf eine Wiederbelebung multilateraler Rüstungskontroll- und Abrüs-tungsvereinbarungen sinken.

In verschiedenen Umfragen<sup>8</sup> in Deutschland sprechen sich 45 Prozent der Befragten gegen die Stationierung aus und nur 40 Prozent dafür. In Ostdeutschland – wo die Waffen aufgrund des Zwei-Plus-Vier-Vertrages nicht stationiert werden dürfen – befürworten sogar nur 26 Prozent die Stationierungspläne, zwischen 57 und 60 Prozent sprechen sich dagegen aus. Denn berechtigterweise wird befürchtet, dass die Stationierung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mittlerer und längerer Reichweite das Risiko für einen Konflikt zwischen Russland und der NATO erhöht.

In Ansehung dieser Entwicklungen ist eine Friedensinitiative dringender denn je. Es sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diese zu befördern.

Dresden, 08.11.2024

Jörg Urban, MdL und Fraktion  
i.V. Jan-Oliver Zwerg,  
MdL und Fraktion

Unterzeichnet von:  
Jan-Oliver Zwerg

---

<sup>7</sup> Siehe <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/nr-287/346636/analyse-die-militarisierung-der-oblast-kaliningrad-und-die-bedeutung-fuer-die-sicherheit-polens/>.

<sup>8</sup> Dazu <https://www.welt.de/politik/deutschland/article252917192/Umfrage-Stationierung-von-US-Raketen-in-Deutschland-schuerft-Furcht-vor-Eskalation-mit-Russland.html>; <https://www.tagesschau.de/inland/innenpo-litik/stationierung-mittelstreckenwaffen-deutschland-100.html>.